

Lasst uns nicht hängen!

Sport in Wien. Die ÖVP kritisiert, dass Wien bei den Angeboten im Breiten- und Leistungssport österreichweit ein „peinliches Schlusslicht“ sei, und stellt Forderungen, die kein Vermögen kosten dürften. Vor allem die zunehmend übergewichtigen Volksschulkinder alarmieren Experten und Politiker. Sozialministerin Zarfl möchte, dass die Schulärzte mehr Verantwortung in der Prävention übernehmen.

Von **Martin Kronek-Burger**

Fangen wir damit an, was die ÖVP nicht fordert. Stadtrat Markus Wölbitsch will keine tägliche Schulstunde, keinen Neubau des Praterstadions, und er wünscht seinen politischen Kontrahenten, Sportstadtrat Peter Hacker von der SPÖ, nicht in die Wüste. Der ÖVP-Mann konstatiert vielmehr ein „window of opportunity“ unter Hacker. Und das will Wölbitsch konkret:

- **Bessere Infrastruktur:** Die Sportstätten seien zu einem großen Teil veraltet. Für erfolgreiche Trainings und Wettbewerbe seien viele nicht zumutbar. Daher fordert Wölbitsch zusätzliche Hallen für Trainings und Wettbewerbe, den Bau eines modernen Schwimmsportzentrums sowie mehr Initiative der Stadtregierung bei der Neugestaltung des Praterstadions. „Bei der Infrastruktur ist die Stadt europaweit peinliches Schlusslicht“, so Lilge. Als Negativ-Beispiel führt der Triathlet und Trainer die Seestadt Aspern an, bei der Sportstätten einfach vergessen wurden. „Es gibt einen Basketballkäfig – für 20.000 Menschen.“ Großes Potenzial gäbe es zudem beim Dusika Stadion (am Wochenende geschlossen) und beim Happel Stadion (Laufbahn nach der Sanierung im Anschluss an die Euro 2008 teilweise eingesunken). Die Trainings- und Wettbewerbsbedingungen seien „mehr als ausbaufähig“.

- **Besseres Angebot:** Die Begeisterung für Sport in einem Verein sollte so früh wie möglich geweckt werden. Das sei nicht nur wichtig für die Kinder, sondern soll auch den Zulauf zu den Sportvereinen fördern. Die Einführung eines Sportgutscheins für Kinder, ein neues Sportstättenkonzept für ein besseres Angebot sowie die bessere Nutzung von verpachteten Sportflächen seien dafür wesentlich. „Sport sollte an erster Stelle stehen. Sport ist ein Miteinander und insbesondere für unsere Kinder extrem wichtig“, erklärt Barbara Schmidt, Präsidentin der Sportunion und des Turnvereins Wien.

- **Bessere Förderung:** Eine undurchsichtige Förderlandschaft und die fehlende Einbindung der Dach- und Fachverbände prägen die Sportland-



Aufnahme aus einer Schulstunde im Jahre 2008. Das Niveau des Turnunterrichts habe seitdem nachgelassen, sagt Trainer Lilge. © HARALD SCHNEIDER / picture alliance

schaft in der Bundeshauptstadt, meint Wölbitsch. Eine Neuregelung der Förderlandschaft sei nötig, die Entlastung der Vereine durch Abschaffung des „Sportgroschens“ sowie die Aufwertung der Fach- und Dachverbände. Lilge konkret: „Wenn sich das Land Wien dazu entschließen würde, Nachwuchstrainer zu fördern, das wäre die effizienteste Sportförderung. Daraus ergibt sich ein Multiplikatoreffekt. Wenn die öffentliche Hand einen Nachwuchstrainer fördert, dann betreut der Generationen von Kindern. Wir hätten



Das Ziel von Lilge (li.), Schmidt und Wölbitsch: Wien als Sportstadt Nr. 1. © ÖVP Wien

hier einen Hebel, um sehr viel zu erreichen“, sagt der Autor und Trainer (www.team2012.at).

Auf die miserablen Werte der 6- bis 9-Jährigen europaweit und hierzulande wies vor Kurzem Prof. Dr. Kurt Widhalm, Kinderarzt und Präsident des Österreichischen Akademischen Instituts für Ernährungsmedizin, hin. Jedes dritte Kind in dieser Altersklasse sei adipös. „Es wird davon ausgegangen, dass sich die Zahl adipöser Kinder bis zum Jahr 2025 verdoppeln wird.“

Was tut der Bund? Seit Jahrzehnten übernehmen Schulärzte bei den jährlichen Untersuchungen Aufgaben der Gesundheitsvorsorge, durch eine neue Verordnung soll dafür künftig auch eine explizite Rechtsgrundlage geschaffen werden. Ein entsprechender Entwurf wurde nun von Gesundheitsministerin Brigitte Zarfl vorgelegt, die Begutachtungsfrist endet am 6. September.

Aufgabe der Schulärzte war bisher, Schüler vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen, die typischerweise mit der schulischen Ausbildung in Verbindung stehen. Nun sollen auch Aufgaben geregelt werden, die über die schulischen Belange hinausgehen.

Konkret sollen mit dem Entwurf auch Schutzimpfungen, deren Dokumentation sowie Kontrolle des Impfstatus und Impfberatung als Aufgabe von Schulärzten definiert „und so Rechtssicherheit hergestellt“ werden, wie es in der Aussendung heißt. Außerdem sollen die Mediziner bei der Bekämpfung von Infektionskrankheiten und Projekten zur Gesundheitsförderung mitwirken.

Weitere Neuerung: Schulärzte sollen regelmäßig stichprobenartig relevante Gesundheitsdaten der Schüler (etwa Gewicht und Körpergröße) erheben und dokumentieren dürfen, die für die Gesundheit der gesamten Bevölkerung relevant sind. Experten bemängelten immer wieder, dass diese Daten derzeit oft nur unzusammenhängend erhoben oder nicht genutzt würden. Die nun angekündigte Verordnung soll zum Schulstart verlautbart werden.

Daten für die Epidemiologen

Zarfl erhält Applaus von der Ärztekammer. Der Salzburger Präsident Dr. Karl Forstner, Leiter des ÖAK-Schulärzte-Referates, begrüßt die Erhebung und Auswertung gesundheitsrelevanter Daten durch Schulärzte. „So können frühzeitig Maßnahmen gesetzt werden, etwa wenn es um den Kampf gegen Adipositas im Kindes- und Jugendalter geht. Mit geringem Aufwand kann hier eminent wichtiges empirisches Material von hohem epidemiologischen Wert erhoben werden.“ Widhalm zählt Möglichkeiten für Schulärzte auf, präventiv aktiv zu werden: „Das kann eine Therapie sein, auch eine Familientherapie, das kann bei höhergradigem Übergewicht die Einweisung in ein Reha-Zentrum, das kann ein Sportverein sein.“ Der muss aber auch Trainingsmöglichkeiten anbieten, und damit schließt sich der Kreis zum Forderungskatalog, den Wölbitsch unter dem Schlagwort Soko Sport vorgelegt hat. ■

Kurz notiert

Burgenland fördert künftig Fachärzte mit Kassenvertrag

Fachärzte mit Kassenvertrag, die ihre Ordination im Burgenland haben, werden künftig vom Land gefördert. Damit soll ein Anreiz zur Schaffung von Facharzt-Ordinationen gesetzt und die wohnortnahe ärztliche Versorgung abgesichert werden, sagt Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Der SPÖ-Politiker will „für die Zukunft eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Kassenärzten gewährleisten“. Gefördert werden dabei Fachärzte, die sich verpflichten, die Vertragsstelle mindestens fünf Jahre aufrechtzuerhalten. Bei den Sonderfächern Psychiatrie sowie Kinder- und Jugendheilkunde beträgt die Förderung maximal 30.000 Euro. 20.000 Euro erhalten die Fachärzte als Sockelbetrag, 10.000 Euro als Zuschlag, wenn die Planstelle erst bei der dritten Ausschreibung durch die Burgenländische Gebietskrankenkasse (BGKK) übernommen wird. Für alle anderen Sonderfächer wird die Förderung in Höhe von 30.000 Euro ausbezahlt, wenn die Planstelle bei der fünften Ausschreibung angenommen wird. Die Förderung ist Doskozil zufolge an die Bedingung geknüpft, dass die Gemeinde, in der die Ordination eingerichtet wird, einen gleich hohen Betrag leistet. Dieser kann auch in Form von Sachleistungen, etwa wenn Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, gewährt werden. (APamed) ■

In EU sinkt Zahl der Todesfälle durch Körperverletzung

Die Zahl der Todesfälle durch Körperverletzung sinkt in der Europäischen Union. Von den 2016 insgesamt 5,1 Millionen gemeldeten Todesfällen seien rund 3.300 auf Körperverletzung zurückzuführen, teilt Eurostat mit. 2015 waren es noch fast 3.600 gewesen. 65 Prozent der Opfer waren demnach Männer. In Österreich wurden 2016 der Statistikbehörde zufolge 50 Todesfälle durch Körperverletzung verzeichnet. Die Zahl der weiblichen Opfer überstieg dabei jene der Männer (28 im Vergleich zu 22). Mit 0,5 Fällen pro 100.000 Einwohner lag Österreich laut Eurostat gemeinsam mit Luxemburg, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Tschechien, Italien und Irland unter dem EU-weiten Durchschnitt von 0,6 und belegte unter den EU-Mitgliedsländern Platz zwei. Nur in Großbritannien war demnach die Anzahl der Todesfälle durch Körperverletzung geringer und lag bei 0,1 Fällen. Die höchste Rate in der EU weist laut Eurostat Lettland mit 4,6 Todesopfern pro 100.000 Einwohner auf, auch die baltischen Staaten Litauen (3,6) und Estland (2,7) hatten hohe Werte. Mit großem Abstand liegt Rumänien (1,6) auf Platz vier. 2002, als die Daten zum ersten Mal von der Statistikbehörde erhoben wurden, wurden EU-weit 1,3 Fälle pro 100.000 Einwohnern verzeichnet. Seither sank die Rate graduell. (APamed) ■